

Erstverrat **Wahl**
 nachst. mit Ausnahme
 der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis
 monatlich 90 Pfennig frei
 des Postens, durch die Post
 bezogen werden können
 1.00 Mk. ohne Postgebühren.

„Die Neue Welt“
 (Kulturbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Verantwortl. Redakteur:
 Schriftleitung: Nr. 388,
 Verlagsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Anzeigengebühr
 beträgt für die 6 Spalten
 Monatspreis ab, deren Raum
 30 Pfennig.
 für ansonstige Anzeigen
 10 Pfennig.
 Anzeigen anderer Art
 die Seite 70 Pfennig.

Anzeigen
 für die fällige Nummer
 werden spätestens bis vor-
 mittags halb 10 Uhr in der
 Geschäftsstelle aufgegeben
 sein.

Eintragungen in die
 Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. » Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Bergarbeiterstreik!

Herne, 11. März. Die entscheidende Re-
 vierkonferenz, der anwesend insgesamt 600
 Bergarbeiterdelegierte aus allen Teilen des Ruhr-
 reviers behielten, fand hier gestern vormittag statt.
 Reichstagsabgeordneter Schüle, der Vorsitzende des
 alten Bergarbeiterverbandes, leitete die Versammlung
 und berichtete über die einzelnen Phasen der Be-
 wegung. Grundtätliche Gegner des Streiks waren
 nicht vorhanden, alle Weber vertraten entschieden die
 Meinung, daß der jetzige Augenblick für die Eröffnung
 des Kampfes günstiger denn je sei. Nach fünfständiger
 mit durchaus großer Wärme und Erbauung geführten
 Debatte wurde zur Abstimmung geschritten. 507 Dele-
 gierte stimmten für den sofortigen Eintritt in den
 Streik, 74 sprachen sich dagegen aus, zwei Stimmen
 waren unglücklich. Es wurde folgende Resolution
 angenommen: „Die am 10. März 1912 in Herne
 tagende von Delegierten der drei vereinigten Verbände
 beschlossene Revierkonferenz ist mit dem Vorgehen des
 Vorstandes dieser drei Verbände voll und ganz ein-
 verstanden. Sie ist einmütig dafür, daß diese auch von
 den christlichen Führern vollständig gutgeheißenen
 Forderungen mit allem Nachdruck einseitig ver-
 fassen und zur Annahme gedrängt werden sollen, die
 nach erfolgter Ablehnung seitens der Behörden
 nur durch den gesetzlichen streik erfolgen
 kann. Selbst wenn einige Forderungen die Arbeiterfor-
 derungen bewilligen würden, so müßten deren Befrei-
 schaften doch so lange den Streik fortsetzen, bis die
 Revierkonferenz entschieden hat. Die Konferenz er-
 wähnt alle Kameraden, den günstigen Zeitpunkt aus-
 zuzunutzen, den Streik in aller Ruhe und unter Auf-
 rechterhaltung musterhafter Ordnung bis zum Ende
 zu führen.“

Nach der Annahme der Resolution erklärten auch
 die Delegierten, die vorher gegenstimmig hatten, ein-
 mütig, sie würden sich dem Beschluß unterwerfen und
 nun auch für die Niederlegung der Arbeit bei den von
 ihnen vertretenen Organisationen eintreten. In
 dieser Bergarbeiterversammlungen waren von ins-
 gesamt etwa 320 000 Bergarbeitern befaßt.

Was nach dem unglücklich verlaufenen Verhalten der Gewerks-
 profen unvermeidlich geworden war, ist eingetreten: die
 Bergarbeiter des Ruhrreviers streikten! Sie sind
 es endlich müde geworden, sich von den übermütigen Be-
 behörden noch länger narzen und bösen zu lassen, und haben
 ihnen die Fäden der Fäden geworfen. Ihre Geduld und
 Langmut hatte die äußerste noch erträgliche Grenze erreicht
 und kein Mittel hat die Leitung der Bergarbeiterorganisation
 unversucht gelassen, um noch in letzter Stunde eine Einigung
 auf gültigen Wege herbeizuführen und den Streik zu ver-
 meiden. Umsonst! Die Gewerkschaftsmänner gaben eine Ant-
 wort, die im gegenwärtigen Moment für die Bergarbeiter nur
 Spott und Spott bedeutet. Die Erbitterung der Arbeiter wurde
 bis zur Siebende gesteigert und mit elementarer Gewalt brach
 der jahrelang aufgespeicherte Groll hervor. Es gab nur noch
 eine Antwort, das erlösende Wort: Streik!

Als die Gewerkschaften in der vorigen Woche die Forderungen
 der Bergarbeiter höhnisch abgewiesen hatten, die Regierung
 gleichfalls versagte, war nichts mehr imstande, die Streik-
 bewegung aufzuhalten. Der Revierkonferenz der
 Bergarbeiter, die am Sonntag in Herne i. W. lagte,
 blieb gar keine andere Möglichkeit mehr, als den Streik zu
 erklären. Es geschah mit überwältigender Mehrheit.

Am Montag früh stand der Bergwerksbetrieb des Ruhrreviers
 zum größten Teile still. Damit hat auch für Deutschland ein
 Riesenkampf begonnen, dessen Dauer nicht abzusehen ist und
 der das ganze deutsche Wirtschaftsleben bis in seine Grund-
 felsen erschüttern wird!

Die schwerreichen und mächtigen rheinisch-westfälischen Indu-
 strieburgen haben den Kampf gewollt! Sie wollen den schwer-
 für sie schuldigen Gewerkschaften nicht mehr von ihren Riesen-
 gewinnen abgeben, den Profit weiter in ungesundelter Höhe
 einstecken. Sie haben sich noch immer nicht an den Gedanken
 gewöhnen können, die Organisationen der Bergarbeiter
 als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben anzuerkennen,
 sie lehnen es noch immer ab, in Bergarbeiter- und vornehmlich
 Lohnfragen mit den Organisationsvertretern der Bergarbeiter
 zu verhandeln! Nur die „Arbeiterschüsse“ erklären sie für
 „unabhängig“, „Wünsche und Beschwerden“ aller Art nichtig
 vorbringen zu dürfen! Die Wirtschaft dieser famosen Arbeiter-
 ausschüsse für die Bergarbeiter ist in der Praxis gleich null. Sie
 sind durch die preussische Berggesetzgebung vom Jahre 1905 ein-
 geführt worden, um eine Instanz für die „ordnungsgemäße
 Vorbringung von Arbeiterwünschen und Beschwerden zu

schaffen“. Auf allen Gruben mit wenigstens 100 Mann Beleg-
 schaft muß ein Ausschuss gewählt werden, der Wünsche und Be-
 schwerden der Grubenverwaltung „zur Kenntnis bringen“
 könne, und die Vergütungsnote vom Jahre 1909 hat diese
 Kompetenz dann genauer dahin umschrieben, daß sie „Anträge,
 Wünsche und Beschwerden der Belegschaft, die sich auf die Be-
 triebs- und Arbeitsverhältnisse und die Wohlfahrts-
 einrichtungen des Bergwerks (1) beziehen, zur Kenntnis der
 Bergwerksbesitzer bringen und sich darüber
 äußern (1) sollen.“

Das ist alles andere aber als die Übertragung eines Ver-
 tretungsrechtes an die Ausschüsse. Ihre Zuständigkeit in
 Lohnfragen ist überhaupt zweifelhaft. Die Regierung hat
 allerdings diese Meinung in der Kommission von 1909 ein-
 geräumt, die Vertreter der Arbeiterinteressen aber
 haben sie bestritten. Schon 1910 haben eine Reihe von
 Grubenverwaltungen gelegentlich der damaligen Lohnangelegen-
 heiten der Bergarbeiterverbände den Ausschüssen eine „Aus-
 sprache“ über die Lohnverhältnisse zugestanden, aber diese
 „Ausreden“ verteilten sie, daß den Arbeitern einiges stati-
 stisches Material vorgelesen wurde, aus dem die mangelnde
 Berechtigung ihrer Forderungen hervorgehen sollte. Dann
 konnten sie wieder nach Hause gehen.“

Dieser unhaltbare Zustand, die ungläubige Zumutung der
 Grubenbesitzer an die Vergleite, eine solche „Vertretung“ auch
 noch ernst zu nehmen, fordert selbst ein so kapitalistisches
 Organ wie die Preß. Ztg. zu schärfster Kritik heraus:

„... Also die Sache steht so: die Organisation der Berg-
 werksarbeiter ist unzulänglich, die Arbeiterverbände sind un-
 zureichend, die Arbeiterausschüsse sind in der Lohnfrage un-
 zureichend, es ist überhaupt alles unzulänglich, und es gibt auf
 der weiten Welt nie mehr ein, mit dem die Bergwerks-
 besitzer die Lohnfrage zu besprechen oder dem sie eine be-
 stimmte Zusage zu machen hätten. Die Arbeiter haben ein-
 fach zu warten, bis die Grubenverwaltung aus sich heraus
 kundgibt, ob sie eine Lohnverhöhung und welche sie geben will.
 Na! Na!

„Man greift sich an den Kopf und ist wie ratlos. ... Das
 ist eine traurige Sache. Dieser Engergigkeit wegen gehen
 die Arbeiterbewegungen aller Vorkämpfer nach jetzt in den Streik,
 dieser Engergigkeit wegen müssen alle die Weiden und Ge-
 fahren eines großen Ausstandes ertragen werden, muß ein
 groß. Teil der deutschen Volkswirtschaft eine schwere Er-
 schütterung erdulden. Wahrscheinlich, die Verantwortung berei-
 det, die es dazu getrieben haben, ist ungenügend, und sie werden
 vor der öffentlichen Meinung nicht bestehen können.“

Wir anerkenntmüßig freimut stellt also hier eine
 kapitalistische Zeitung fest, daß die Verantwortung für
 den Streik ganz allein auf die Bergwerksbesitzer fällt,
 die in ihrem großmütigen Heren dümel die Berg-
 arbeiter für gefügige, willenlose Sklaven zu halten schienen,
 denen man jede Unverschämtheit bieten konnte! Sie haben sich
 geirrt; der Wogen war zu froh gespannt, er mußte reißen!
 Man frage nur die Bergarbeiter, was sie in den Streik hinein-
 getrieben hat, was sie veranlaßt, trotz des Vorgehens der christ-
 lichen Organisationen einen erbitterten Kampf, dessen Ausgang
 ungewiß ist, aufzunehmen. Die Lohnfrage allein ist es nicht,
 die die Bergarbeiter in so helle Empörung versetzt hat. In erster
 Linie ist es die brutale Mißachtung, mit der die
 Herrenmenschen an der Ruhr ihren Arbeitern
 fortgesetzt begegnen.

Hier werden durch die Arbeit Hunderttausender Menschen
 in Millionen und Milliarden gezüchtet, und diese spotten
 und höhnen die Schöpfer der Werte und des Reichtums, wo sie
 nur können. Das ist, was die Bergarbeiter fühlen und was
 sie zur Empörung treibt.

Im Jahre 1906 wurden die Bergarbeiter um die Früchte
 ihres damaligen Kampfes betrogen. Die verunglückte Berg-
 arbeiterkassenkasselle, eine Folge des Riesenstreiks, brückte den
 Bergarbeitern „Steine“ statt „Brot“ in die Hände. Im Jahre
 1906 erlebten wir, wie die Werkstätten die Wünsche der Ar-
 beiter beim Anknappschuttsgehe hintertrieben, wie sie den Vor-
 kämpfern der Anknappschuttsrechte der Bergarbeiter, den
 Kellernmalbuden in den Anknappschuttsvereinen das Wahlrecht
 raubten. Im gleichen Jahre wurden Lohnforderungen der
 Bergarbeiter schroff abgelehnt. Dann entbrannte im Jahre
 1907 ein heftiger Kampf um das Anknappschuttsstatut, der beinahe
 zum Streik geführt hätte. Statutenberichtigungen, statt
 Verbesserungen wurden vorstehend den Arbeitern geboten;
 bei der Festsetzung der Mißw- und Qualitätsnormen fehlten
 die Herren um Pfennige. Dann kam 1908 der Streik um die
 „schlechte Salbe“. Hunderte Vergleite auf einmal hatte die
 Raddob-Rastatrophe niedergestreckt. Die Bergarbeiterchaft

schrie nach Mitwirkung bei der Grubenkontrolle, weil sie wußte,
 welchen Gefahren die gewaltigen Maschinenkräfte entgingen.
 Und was ist gekommen? Institutionen, wie sie von einem
 Menschen wie Hilger präsentiert wurden.

Welche Salbe! Die Sicherheitsmänner sind empört über
 die Behandlung, die ihnen auf den Gruben zuteil wird. Und
 die Bergarbeiter fühlen es mit. Dann folgte der Zwangs-
 arbeitsnachweis. Das Grubenkapital organisierte das Herr-
 recht in der Arbeitsvermittlung. Bei der Bewertung und Ver-
 wendung seiner Arbeitskraft hat der Bergarbeiter schon nichts
 zu sagen, bei der Arbeitsvermittlung sollen die Werke das
 ausschlaggebende Wort allein sprechen, so wollten es die Berg-
 herren. Keine Parität, kein Mißachtung den Bergarbeitern.
 Und als infolge der Zoll- und Steuererhöhung und aus
 anderen Gründen heraus die wirtschaftliche Lageung einbrach,
 die Löhne rapide sanken, darum die Bergarbeiter Lohnfor-
 derungen stellten, wurden sie auch hier wie immer mit ihren
 Wünschen abgewiesen. Ihre Ausschüsse auf den Gruben wurden
 wie Luft behandelt, verhöhnt, so daß sie die Luft verloren
 haben, in Lohnfragen bei den Grubenverwaltungen nochmals
 vorstellig zu werden. Alles das und die vielen anderen Quä-
 ereien haben die Bergarbeiter aufs äußerste gereizt, sie im
 Laufe der Jahre in steter Bewegung gehalten, und nun
 auch bei der jetzigen Lohnbewegung die Grubenbesitzer auf ihr
 Herrrecht pochen, die billigen Wünsche der Bergarbeiter ab-
 lehnen, hat das Maß zum Überlaufen gebracht.

Es wird ein heißes Rennen, dessen sich die Bergarbeiter
 bewußt. Aber sie dürfen den ihnen aufzubringenden Kampf
 auf der selbstbestimmten Gewißheit aufnehmen, daß die ge-
 samte Klassenbewegung der Arbeiterchaft Deutsch-
 lands wie ein Mann hinter ihnen steht!

Schmutziger christlicher Verrat!

Die Christlichen haben am Sonntagen den Streikbruch
 in aller Form proklamiert. Flugblätter wurden vor den
 Schächten in Massen verbreitet, in denen die Bergarbeiter be-
 schworen werden, nicht in den Streik zu treten, der in diesem
 Augenblick „unverantwortlich“ und für die deutsche Arbeiter-
 schaft „schädlich“ sei. Die Christlichen geben jedoch zu, daß die
 Lage der Bergarbeiter nicht so ist, wie sie sein müßte und sein
 könnte. Sie hätten ein Recht auf höheren Lohn und mißten
 über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen mit bestimmen
 können, damit ihnen nicht nur das gegeben wird, was ihnen
 die Arbeitgeber gutwillig geben wollten. Sie hätten das Recht,
 diese Forderungen eventl. durch einen Streik durchzusetzen.
 Nur den Streik jezt durchzuführen, verneinen die Christlichen!
 Dann wird den Arbeitern damit gruselig gemacht, daß ein
 Streik wegen Mangel an Geld zusammenbrechen müßte.
 Diesen arbeitserfreundlichen Rat den Vergleuten zu geben,
 hätten die Christlichen doch den Schachtmännern überlassen sollen.
 Es ob nicht die gesamten deutschen Gewerkschaften hinter den
 Christlichen ständen! Mit Mißbilligung wird dann darauf
 hingewiesen, daß durch den Streik andere Verufe in Mißlie-
 digkeit gezogen werden.

Dann folgt ein Appell an die Werkstätten, „für aus-
 reichenden Schutz der christlichen Streikbrecher zu sorgen“,
 schließlich die Versicherung, daß der christliche Verband als Ver-
 bindung für bessere Arbeitsverhältnisse die Einführung for-
 positiver Arbeitsverträge empfehle, und der Glaube, daß die
 Grubenverwaltungen die „berechtigten Forderungen“ der Ar-
 beiter „erfüllen“ werden. Dieses Flugblatt konnte von den
 Christlichen überall verbreitet werden, während die Verlam-
 lungseinladungen der drei Bergarbeiterverbände von Gewerks-
 damen inhibiert wurden.

Jedes Wort der Kritik über diese christliche Erbärmlichkeit
 könnte hier nur abkämpfend wirken. Die Preß. Ztg. nennt
 das Verhalten der Christlichen „schmutzig“. Im übrigen
 sind die christlichen Bergarbeiter einseitig und herabwürdigend
 als ihre sogenannten „Führer“. Die vom christlichen Gewerks-
 verein einberufenen Versammlungen waren miserabel besucht,
 und die christlichen „Führer“ fanden bei den christlichen Berg-
 arbeitern mit ihrer Parole des Streikbruchs nur
 wenig Anhang und erlitten ein vollständiges Fiasko!

Das Wankenausheben von Genbarmen.

Die Behörden haben sich die Angriffe der christlichen Jäm-
 merlinge um „Schutz der Arbeitswilligen“ sehr zu Herzen ge-
 nommen und senden Genbarmerausgebote um Genbarmer-
 ausgebote aus allen Teilen des Reichs nach dem Ruhrrevier.
 Es wimmelt jetzt schon von fremden Polizisten und noch hat
 der Jazug nicht aufgehört. Aus Köln melbet der Verliner
 Lokalanzeiger:

Gestern abend gingen von hier über 200 Schuttsleute, zum
 Teil beritten, in das Ruhrgebiet und in das Saargebiet, wo
 man ebenfalls mit einem Zustand rechnete. Auch aus Aachen
 gehen heute starke Kommandos in das Saargebiet ab.
 Aus dem Frankfurter Bezirk sind 140 Schuttsleute, von Wies-

haben zwei Nachmeister und 48 Postleisemeister zur Verteilung an die Landbesitzer im Auftrage des Reichs...

Die Regierung gegen die Bergarbeiter. Herr Dr. Schulz hat es eilig, den Grubenbesitzern zu zeigen, daß sie auf ihn und die preussische Regierung zählen können.

Nach den letzten Mitteilungen der Presse scheint ein Streik im Ruhrrevier von den drei vereinigten Bergarbeiterverbänden der freien (sozialdemokratischen), der Christlich-demokratischen und der polnischen Gewerkschaften beabsichtigt zu sein...

Aus Anlaß der den Zehnerverwaltungen bekannten Forderungen der Bergarbeiter haben sich die Grubenbesitzer bereit erklärt, über die Wünsche der Bergarbeiter in den Arbeiterschlüssen zu verhandeln.

Auch die Regierung, in deren Namen bekanntlich der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück am Donnerstag, den 7. März, mit einigen Reichstagsabgeordneten die Sachlage besprochen hat, hat mit besonderem Nachdruck auf diesen Weg hingewiesen.

Auch der Christliche Gewerksverein und der Evangelische Bergarbeiterverband, deren besonnene und ruhige Haltung in der ganzen Frage besondere Anerkennung verdient, sind der Ansicht, daß es möglich sein wird, auf diesem Wege zu einer Verständigung zu gelangen.

Auf wessen Seite sich bei einem solchen, unter Mottalbruch erfolgten Streik die öffentliche Meinung stellen wird, kann nicht zweifelhaft sein.

Die Regierung wird jedenfalls mit allen gesetzlichen Mitteln die arbeitwilligen Vergleiche schützen.

Die Wahrung unter den schlesischen Bergarbeitern. Die Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrrevier hat auch die Vergleiche des Waldenburger Reviers in Bewegung gebracht.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrrevier hat auch die Vergleiche des Waldenburger Reviers in Bewegung gebracht. Da hier die Löhne von sämtlichen deutschen Verwaltungen kaum übertroffen werden kann, hat die Regierung und Mithimmung der Bergarbeiter außerordentlich zugunommen.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrrevier hat auch die Vergleiche des Waldenburger Reviers in Bewegung gebracht. Die einzelnen Bergarbeiterverbände bekämpfen die Verbandsleitung des Bergarbeiterverbandes mit Fragen, was jetzt in Schlesien geschehen wird, wenn im Westen die Kämpfe nach dem Kampf aufnehmen sollten.

Entschiedenheit gegen früher die Einreichung ihrer Lohnaufbesserungsvorschläge fordern. Die Erörterung über den künftigen Verlauf der allseitigen Lohnbewegung im vergangen Herbst...

Politische Leberfisteln.

Halle a. S., den 11. März 1912.

Die neue Flottenverle.

Die künftige Flottenverle hatte vor einigen Tagen über den Umfang der neuen Flottenverle gemeldet:

- 1. Es soll bestehen: 1. die Schiffsflotte aus 2 Flottenlagerschiffen (1 Flottenflaggschiff), 4 (5) Geschwadern je 8 Zerstörer, 8 (10) großen Kreuzern und 24 (30) kleinen Kreuzern als Aufklärungsschiffe; 2. die Auslandsflotte aus 8 (10) großen Kreuzern und 10 kleinen Kreuzern; 3. die Materialflotte aus 4 Zerstörern, 4 großen Kreuzern und 4 kleinen Kreuzern (samt Vor).

Resümiert der Indienststellung der Schiffsflotte gelten folgende Grundsätze: 1. das 1. und 2. (1., 2. und 3.) Geschwader bilden die aktive Schiffsflotte, das 3. und 4. (4. und 5.) Geschwader die Reserve-Schiffsflotte.

Diese Meldung wird nun von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ohne ein Wort des Kommentars übernommen, so daß man annehmen darf, daß das rheinische Zentrumblatt richtig informiert war.

Gegen die Bauarbeiter und Innenschiffer.

Das Dreiklassenhaus hat am Sonnabend den vom Genossen Feinert so objektiv und sachlich begründeten und selbst von dem Minister v. Weizsäcker nur in seinem ersten Teil beschnitten Antrag unserer Genossen auf Erweigerung und größere Sicherung des Bauarbeiterlohnes, namentlich auf dem platten Lande, abgelehnt und damit ein neues Mißgeschick in den Kämpfen unserer Partei eingeleitet.

Die für die Veranlassung der Wirtschaftskrisis verantwortlichen Verhältnisse sind die Schiffer im Verkehr mit Sachlage und Energie für die Interessen der Kleinschiffer einzutreten. Besondere war es, daß sein Verlangen auf staatliche Entschädigung der durch Schiffahrtsbehörden infolge mangelnder Vorkehrungen zum Festliegen verurteilten Schiffer, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, von der Meisten mit einem wahren Schrecken aufgenommen wurde.

Montag: Bannat, Etat des Landtags usw.

Der Reichstagspräsident wackelt. Die Berliner Presse weiß zu melden, daß der Präsident des Reichstages, Herr Kaempf, die ihm zuteilgewordene Dienstpflicht im Präsidialgebäude nicht beiseite rückt.

Der Reichstagspräsident wackelt. Die Berliner Presse weiß zu melden, daß der Präsident des Reichstages, Herr Kaempf, die ihm zuteilgewordene Dienstpflicht im Präsidialgebäude nicht beiseite rückt. Kaempf wurde bekanntlich mit 9 Stimmen Mehrheit als gegen unsere Genossen gewählt proklamiert.

Die Arbeiterbewegung im Herrenhause.

Einer aus dem Gesandtschaft der Putzmeister hat im sogenannten preussischen Herrenhause den folgenden Antrag eingebracht: Das Herrenhaus wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, alle erforderlichen Maßnahmen, nötigenfalls auch durch Einbringung von Gesetzesvorlagen zu ergreifen, welche geeignet seien, die Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden in der Veranlassung ihrer Arbeitstätigkeit zu schützen vor Beschränkungen und Verdrängungen, sei es, daß diese im Wege unmittelbaren oder mittelbaren Zwanges versucht werden.

Die tägliche Erfahrung lehrt, daß der von der Unionspartei geübte Terrorismus auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Erwerbslebens eine große Zahl von Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden nicht nur in der berechtigten Ausübung ihres Berufes hindert, sondern sie vielfach auch fürzerlichen Mißhandlungen aussetzt.

Am Dienstag wird die Frage in der feudalen Herrenhause einleiten und bei der Qualität der meisten preussischen Herrenhäuser kann man sich auf eine Glanzleistung gefaßt machen.

Deutsches Reich.

Bürgermeisterwahl. Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Richter hat dem Magistrat und dem Stadtrat seinen Rücktritt aus dem Amt ausgeschrieben.

161. Chadfschi-Murat. (Nachd. verb.) Roman von Leo Tolstoi.

Am folgenden Tage, einem Montag, fand, wie gewöhnlich, beim Statthalter eine Abendunterhaltung statt. In dem großen, hell erleuchteten Saale erlangten die munteren Genossen im Wintergarten hinter einer Wand von weissen Gemälden vorübergehende Erleuchtung.

Am fünften Tage seines Aufenthaltes in Ziffis erhielt Chadfschi-Murat den Besuch Boris-Melkows, des jungen Arzu-

tantens des Statthalters. Er kam im besonderen Auftrage seines hohen Vorgesetzten. Er war bereit, dem Statthalter zu sagen, sagte Chadfschi-Murat mit seiner gewohnten, diplomatisch vorläufigen Miene, indem er den Kopf neigte und die Hand auf die Brust legte.

Erzähle mir, sagte Boris-Melkow, und ich werde sie aufzeichnen und ins Publikum übergeben, damit der Herr Baron überreden kann.

Als es zwei Uhr schlug, sah Chadfschi-Murat, wie die Zeiten zu verglichen, auf die Uhr, die ihm der junge Woronzow verschrieben hatte, und fragte Boris-Melkow, ob er nun wohl gehen könne.

Chane lebten. Inseiner Familie stand ihnen sehr nahe. Als meine Mutter meinem ältesten Bruder Chaman das Leben geschenkt hatte, war sie die älteste Sohn des Chans, Ummat-Chan, hatte sie an der Brust, doch mein zweiter Bruder Ahmet hatte, und als ich nun geboren wurde und die Frau des Chans ihren dritten Sohn Ulanat-Chan um die gleiche Zeit geboren hatte, wollte meine Mutter nicht wieder den Ammenbüsten übernehmen.

Erzähle mir, sagte Boris-Melkow, und ich werde sie aufzeichnen und ins Publikum übergeben, damit der Herr Baron überreden kann.

Die nach dem letzten Ansehen das Silber schmiedete und den Entel die Gebete lehrte. Sie nahm also nicht wieder als Amme Dienste, fuhr er dann, den Kopf zurückwendend, fort.

der Regierung gegen die Selbstverwaltung der Gemeinden machen auch starke Männer hoch genug. Nur die bedingungslosen Regierungsbeamten fühlen sich in ihren höchsten Würden...

Reichsverfassungsausschuss. Zu einem Nachtragset, der den Reichstag heute zuzugibt, werden zunächst die Gesetzer der leitenden Beamten der neuen Reichsverfassung verhandelt. Es sind angeordnet: ein Direktor mit 14000-17000 Mark Gehalt...

Frankreich.

Die Auslandspolitik vor dem Parlament. Aus Paris, 9. März, schreibt man uns: Nach dem Senat, die es am 7. r. Freitag begann in der Deputiertenkammer die Diskussion über die Marokkopolitik...

Die Diskussion wird am nächsten Freitag fortgesetzt werden. Briand und Gaillard, die sich hart betroffen fühlen, haben sich zum Wort gemeldet. Auch Jaures hat noch nicht sein letztes Wort gesagt. Er wir das Problem in seiner Lage behandeln wollen wir abwarten, was die Verantwortung gezogenen werden zu sagen haben...

Türkei.

Vom türkisch-italienischen Kriege. Nach in London bestimmt auftretenden Gerüchten will die italienische Flotte in den nächsten Tagen eine Beschießung der Insel Samos vornehmen und ferner in die Dardanellen einzubringen beabsichtigen. Ein solcher Versuch dürfte in den größten Schwierigkeiten verbunden sein, da die türkischen Minen und die sehr stark ausgerichteten türkischen Forts der italienischen Flotte alle Verluste bedingen werden...

Die Friedensvermittlung der Großmächte hat bis jetzt nicht den geringsten Erfolg gehabt. Von einem hervorragenden türkischen Staatsmann wurde auf Anfrage erklärt, man dürfe ruhig alle Vermittlungsversuche, gleichgültig von wo sie unternommen und wo sie zunächst vorgebracht würden, als endgültig gescheitert betrachten. Die Türkei werde ruhig warten, bis die glühende Wajoune ihr in Tripolis ein übermächtiger Bundesgenosse werde...

Die Anwesenheit der Italiener am Konstantinopel (12000) beschloß der König. Zug folgte, der türkische Minister für den Fall, daß die italienische Flotte die Dardanellen angreift. Die Türken sind eilig mit der Ergänzung der Verteidigungsmittel am Bosporus beschäftigt, da die Einfahrt der russischen Flotte bei einem italienischen Angriff auf die Dardanellen befürchtet wird...

Rom, 10. März. Der Kriegsminister veröffentlichte ein Telegramm des Reichsverwalters von Tripolis, worin dieser mitteilt, daß die Türkei die von den Russen angegriffen hätte. Die Türken erschickten die italienischen Erdwerke und führten sämtliche telegraphische Apparate mit sich fort.

China.

Die Soldatenunruhen sollen der von chinesischer Seite inspirierten Agence d'Extreme Orient zufolge feinerlei besondere politische Bedeutung haben. Einige Truppenteile seien der Meinung gewesen, daß sie nach Hause geschickt würden, und haben sich empört, als dies nicht geschah. Dieses schlechte Beispiel habe anstehend auf andre Truppen gewirkt. Die dringendste gegenwärtige Frage sei die, inwieweit ein verantwortliches Komitee zur Seite zu stellen und ohne Verzögerung eine endgültige Regierung zu konstituieren...

An dieser Darstellung der gegenwärtigen Unruhen ist zu beachten, daß sie stark chinesisch gefärbt ist und auf volle Glaubwürdigkeit Anspruch nicht machen kann.

Konstituierung der Regierung. Die Nationalversammlung hat folgendes Programm angenommen: Yuan-shikai wird nach Ablegung des Amtes des Präsidenten der Nationalversammlung die Namen der stellvertretenden Leiter der Kommissionen bestimmen, die die Verfassung der Wahl des Reichspräsidenten beschließen...

Aus der Partei.

Das Stichwahlabkommen.

Ein Berliner demokratisches Wochenblatt veröffentlicht jetzt den Wortlaut des vertraulichen Mundschreibens, womit der Parteivorstand sein Stichwahlabkommen mit den Fortschrittlichen unseren Reichsvorständen bekannt gab. Da das Stichwahlabkommen in unseren weiteren Parteibeiräten eine große Rolle spielen wird und der Parteitag darüber zu urteilen hat, so wird es sich empfehlen, den Abdruck des Abkommens aufzubehalten. Eine genaue Unterdrückung der tatsächlichen Haltung der Fortschrittlichen in den „zugeworfenen“ 31 Kreisen werden wir zu geeigneter Zeit veröffentlichen, ebenso eine Wiedergabe des ganzen Abkommens.

Das Mundschreiben des Parteivorstandes hatte folgendes Wortlaut: Berlin, 17. Januar 1912.

Streng vertraulich! Werte Genossen!

Zwischen den Fortschrittlichen und uns haben Verhandlungen über die gegenseitige Unterstützung bei den Stichwahlen stattgefunden. Nach dem Ausfall der Hauptwahlen sind die Fortschrittlichen von ihrem Standpunkt aus in einer misslichen Situation und es bedarf die Gefahr, daß sie schließlich nach rechts rücken und damit nicht nur die Zahl unserer Mandate verringern, sondern auch der Ziel, den sozialdemokratischen Vied zu zerrümmern, vereiteln würden. Unter diesen Umständen erschien es uns zweckmäßig, Verhandlungen nicht abzulehnen. Dabei haben wir es entschieden zurückgewiesen, irgendeine Kandidatur zurückzugeben, oder durch unser Verhalten auch nur dort eine Kandidatur preiszugeben, wo wir aus eigener Kraft einen Sitz zu erobern hoffen können, oder auch nur einen ehemaligen Verlustpunkt mit Erfolg behaupten zu können glauben. Wir haben ferner verlangt, daß bei dem Abkommen volle Gegenseitigkeit gewährleistet wird.

Die Fortschrittlichen haben sich verpflichtet uns in den folgenden Wahlkreisen zu unterstützen: Landkreis Danzig, Westpreignig, Ruppins-Templin, Potsdam-Osthavelland, Barch-Weigig, Landsberg-Goldin, Königsberg-Neumar, Kottbus-Premerberg, Kalau-Zudau, Neckermünde-Weßdom, Striegasch-Weidewitz, Grünberg-Freistadt, Sagan-Eprowitz, Landesbüt-Jauer, Rottensburg-Soherswerda, Reichow, Bitterfeld, Mansfeld, Mühlhausen-Langensalza, Bielefeld-Widenbrück, Schwäge-Schmalballen, Stadt Köln, Eberfeld-Warmen, Düsselroth, Seibrom, Sieben-Ridda, Saganow, Wittrom, Jena, Altenburg, Strassburg-Land. (31.)

Dagegen haben wir außer der selbstverständlichen Unterstützung der Fortschrittlichen gemäß dem Jenaer Parteitagbeschluss in denjenigen Wahlkreisen, in denen sie mit uns in Stichwahl stehen, folgendes zugesagt: Wir dämpfen den Wahlkampf in nachstehenden Wahlkreisen, die wir dann, wenn die Fortschrittlichen nach rechts Anschlag nehmen würden, nach unserer Meinung nicht gewinnen können, nämlich:

Ueberbrunn, Riegnitz, Schönau-Hirsberg, Melsburg-Apenrade, Lauenburg, Werfburg-Duerfurt, Sagen, Dithmarschen, Galtw, Balingen, Meiningen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Oldenburg I und II, Nordbaltzen. (16.)

Die Erklärung der fortschrittlichen Kandidaten zu unseren Stichwahlen ist als ausreichend anzusehen, wenn sie dahin geht, daß die von uns gestellten Bedingungen dem Programme der fortschrittlichen Volkspartei entsprechen, das der Kandidat als für sich verbindlich erklärt. Die Zentralisation der fortschrittlichen Volkspartei wird wesentlich dazu aufordern, daß ihre Anhänger unter keinen Umständen einem Konföderativen, einem Reichsparteiler, einem Zentrumsmann oder einem Mitgliede der Wirtschaftlichen Vereinigung ihrer Stimme geben dürfen, daß es vielmehr die politische Notwendigkeit gebiete, der Stichwahl mit aller Kraft auf die Zerrückung des sozialdemokratischen Vied einzusetzen. Fortschrittliche Staatspartei wird ferner in einem vertraulichen Briefe die lokalen Anträge aufordern, für uns in den vorher zuerst genannten Kreisen einzutreten. Wir haben uns dagegen verpflichtet, in den vorher bezeichneten 16 Wahlkreisen bis zur Stichwahl keine Veranlassung abzugeben, kein Flugblatt zu verbreiten, keine

Stimmzettel den Wählern zuzustellen, und am Wahltag selbst keine Schieberliste zu verbreiten, wogegen es uns freistehet, wir sind überzeugt, daß dieses Abkommen im Parteintresse und im allgemeinen politischen Interesse gelegen ist, und bitten deshalb, die in Frage kommenden Kreise Ihres Bezirks sofort zu informieren und für dessen entscheidende Durchführung unter allen Umständen einzutreten.

Mit Parteigrüß!

Der Parteivorstand.

Gausjudung in der Breslauer Volkswacht.

Am Sonnabend vormittag durchsuchte ein ganzes Heer von 2000 politischen in unter Führung von mehreren Reichskommissaren sämtliche Räume der Redaktion, Expedition und Druckerei unserer Breslauer Arbeiterblätter. Kein Winkel, selbst nicht die Klosetts, blieben davon verschont. Jedes Stück Papier wurde genau auf seinen staatsgefährlichen Inhalt geprüft und einer eingehenden Durchsicht unterzogen. Nach zweistündiger mühseliger Arbeit zogen die Politisten, es waren nicht weniger wie achtzehn Mann, ab, ohne daß ihre Arbeit von „Erfolg“ gekrönt gewesen wäre. Nicht einmal die Nummer mit dem inheimischen Artikel wurden gefunden. Gedruckt wurde nach dem Manuskript eines Leitartikels über Seine Wahlkreise in Preußen, der sich gegen die Umbildung des preussischen Reichstages in eine Volksversammlung bezog. Da die Gausjudung gerade in die eigentliche Redaktionszeit fiel und die Redakteure dadurch erheblich an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert wurden, sehen sie sich unter Freilassung einer ganzen Seite zu folgender Erklärung veranlaßt: „18 Reichstagsmitglieder durchsuchten heute, Sonnabend, vormittag die Redaktionsräume und die Expedition der Volkswacht nach dem Manuskript eines Leitartikels vom 2. Februar. Ihre hundenslangen Bemühungen waren zwar vergeblich, hinber aber die Redaktion an der Fertigstellung der heutigen Nummer. Deshalb müssen sich unsere Leser mit diesem weißen Raum begnügen!“

Von der Parteipresse.

In die Redaktion der Volkswacht in Bielefeld wird im April Genosse Karl Sebering eintreten.

Die Reichstagswahlen haben, wie überall, so auch in Pommern, recht gute Ergebnisse für unsere Partei gezeigt. Nicht nur, daß die sozialistischen Stimmen beträchtlich gestiegen sind, auch die Zahl der politisch Organisierten hat sich merklich gehoben. Am erfreulichsten aber ist die Zunahme der Leser unseres Parteiblattes, des Volksboten in Stettin. In den letzten vier Monaten haben wir 2000 Abonnenten gewonnen. Für Pomern ein geradezu glänzendes Ergebnis.

Auf Takt habt acht!

Die Preussische Volkskammer schreibt: Frau Wilhelmine hat im Vorjahr die Fortsetzung ihres Meinungserscheinenes Wied von Völkungen und Personen in der sozialdemokratischen Bewegung bietet. Das verlannte Geselken Klage wehleidig, wie schiedet es ihr in der Sozialdemokratie erlangen ist. Jetzt hat im Reich für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung Professor Grünberg eine Besprechung des Buches veröffentlicht, der wir folgendes entnehmen:

Singabe, und nicht bloßer Anschlag ist notwendig, wenn man in einer Partei und zuletzt auch auf sie wirken möchte. Das Ziel mit ihr gemeinsam haben genügt nicht. Man muß auch den Erfolg des Wiedes zu dem Ziele gehen wie die anderen alle. Es sei denn, daß man imstande ist, sie auf neue Bahnen mit sich zu ziehen. Was das nun auch jeder zu versuchen befaugt sein; er muß das stets damit verbinden, daß er hierbei und auch schon, wenn er nur die anderen im gemöhnlichen Gleichtakt fört, auf Widerstand hoffen wird. Das gilt gleichermaßen auf politischem, religiösem, sozialem, wissenschaftlichem Gebiete; und ebenso für Zwangs- wie für freie Verhältnisse. ... Politisch darf, wer als Reformator oder Neuerer auftritt, sich nicht über Intoleranz und unbedeutende Härte beklagen, wenn die Auffassungen, die er zu verbreiten oder zu befestigen wünscht, sich als die härteren erweisen und es ihm trifft, kollektiv oder beiseite zu werden. ... Genau aber wie jeder Verbandsangehörige volle Bewegungsfreiheit außerhalb der Organisation sich zu sichern beabsichtigt, ist, darf auch hindernislos dieser nicht das Recht abgeprochen werden, ihr nur äußerlich Zugehörige, die ihr unbeanquem werden, ihr Normalleben hören, auszuschießen. Wadst sie von diesem Recht Gebrauch, so übt sie nur, was ihr der Selbsthaltungsbereich gebietet. Namentlich dann, wenn ihr aus dem Verhalten des Mitgliedbes Verantwortunglichkeiten erwachsen oder von Gegnern ausgeübt werden könnten, die sie im ihrer selbst willen nicht tragen darf.

Sens, die davon betroffen werden, lassen sich nun freilich in der Regel als Opfer unheilbarer Intoleranz an. Das ist aber solche Jähren, beweist nur ihr eigenes Unverständnis, daß sie mit ungleichem Maß zu eigenem Gunsten messen.

Takt, Takt, auf Takt habt acht! Diese Höflichkeitige Mahnung klingt aus jedem Sage Grünbergs. Takt freilich ist die schwache Seite unserer Meinungsansichten. Die schwache Seite in jedem Betracht. Aber nicht um sie zur Ordnung zu rufen, was ja doch ein verheißliches Beginnen wäre, sondern um anderen Leuten zu zeigen, worauf es ankommt, nehmen wir wohl von Grünbergs interessantem Urteil. Wer in einer Bewegung helfen will, der muß in ihr untergehen, sich ihren Bedingungen anpassen. Kann er das nicht, so muß er kaltgestellt werden, und wenn „die guten Freunde“ noch so sehr flennen über Zerrorismus.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gemeindefachliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Wolz, Rotes Wilhelm Koenen, Provinziales Gottl. Kaspar, e. Famil. in Halle.

Quittung.

Halle, für Parteimede. Uebersicht am 25. Februar von Weimlich erhalten 18 Mk.

Advertisement for 'Ramin-Weise' household soap. It features a large stylized logo for 'Ramin-Weise' and text describing it as a 'new type household soap' with 'dishonest washing power'. The price is listed as 20 Pf. per piece, available everywhere. Contact information for the representative in Halle is provided: Karl Eppner, Halle a. S., Magdeburgerstrasse 11.

Der englische Riesenkampf.

L. K. 2 London, 9. März.

Jeden anderen Tag ist in der englischen Presse etwas ersehnter Grund ein Ausdruck von krankhaftem Optimismus zu bezeichnen, dem am nächsten Tage regelmäßig eine graue Narbenjammerung folgt. Heute blüht wieder einmal die Hoffnung. Der Ministerpräsident hat den Vollzugsausführer der Bergarbeiter und Grubenherren den Vorschlag gemacht, sich unbeschadet ihrer bisherigen Ansprüche zur freien Bestimmung aller Streitpunkte in gemeinsamer Konferenz zusammenzufinden. Das ist die einzige politische Grundlage für die Verwirklichung einer heftigsten Einigung. Sie zeigt aber zunächst nur, daß alle bisherigen Forderungen der Regierung auf ein vollständiges Nichts hinausgelassen sind, und daß sie jetzt fort sein muß, wenn es ihr wieder gelingt, die Verhandlungen in irgendeiner Form den neuem in Fluß zu bringen. Damit wäre freilich ein sich nicht gewonnen, aber auch das ist zur Stunde noch nicht einmal erreicht. Die Antwort der Grubenherren auf diesen Vorschlag liegt augenblicklich noch nicht vor. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat eine Antwort gegeben, konnte sich aber auf seine Forderungen nicht auf diesen ganz unerbittlichen Vorschlag einstellen. Er wüßte nicht, was darin ein, so schnell wie möglich eine neue Delegationenkonferenz einzuberufen und erklärte sich bereit, der Delegationenkonferenz die Annahme der Regierungseinladung anzupfehlen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Frage des Grundlages des allgemeinen Minimumlohnes von der Disziplin ausgeschlossen, mit anderen Worten von vornherein als im Sinne der Arbeiter entschieden betrachtet wird. Daß die Delegationenkonferenz sich nachgiebiger zeigen könnte, als der Vorstand, erscheint aber nicht sehr wahrscheinlich. In sich ein Unternehmen, das sich erst gestern wieder in einem Plakat des Prinzip des Minimumlohnes in der schroffen Weise ablehnte, so ist es auch noch recht problematisch, ob die vorgeschlagenen gemeinsamen Verhandlungen überhaupt zustande kommen werden. Der Umstand aber, daß der Bergarbeiterverband in seiner Antwort nicht wieder ausdrücklich erklärte, daß die Arbeiter unter keinen Umständen eine Neuzugung der festgelegten Minimumlöhne zulassen werden, gibt einem Teile der Presse Anlaß zu der Schlussfolgerung, daß der Widerstand der Arbeiter in dieser Beziehung nachgelassen habe. Diese Annahme ist natürlich völlig ungesichert. Nach den bisherigen einmütigen Bestimmungen der Delegationenkonferenz über diesen Punkt könnte der Vorstand, selbst wenn er es wollte, keinen Augenblick daran denken, sich über die Minimumlöhne in neue Disziplinen einzulassen. Die Verhandlungen der bürgerlichen Presse können leicht die Folge haben, daß die Delegationenkonferenz, die am Montagabend zusammengetreten soll, das Verbot des Vorstandes nachholt und ausdrücklich erklärt, daß sie nicht nur den Grundlag des Minimumlohnes nicht diskutieren können, sondern auch, daß sie wohl bereit seien, die festgesetzten Minimumlöhne zu rechtfertigen, sich aber in keine Verhandlungen über deren Veränderung einlassen können. Im dem Stand der Verhandlungen sucht man ebenfalls vergebens nach einer Rechtfertigung der Forderungen der bürgerlichen Presse.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat sich bereits genötigt gesehen, in einer öffentlichen Erklärung scharfen Protest gegen die Entstellungen und Verkünderungen der Haltung der Arbeiter durch die Presse zu erheben und namentlich auch das Gerücht entschieden zu dementieren, daß die Führer der Arbeiterpartei verurteilt hätten, einen Druck auf die Bergarbeiter auszuüben, damit sich diese nachgiebiger zeigen. Dies Gerücht ist übrigens auch von der Arbeiterpartei öffentlich dementiert und hingestrichelt worden. Das, was ja schließlich hinsichtlich der Kampfes der Bergarbeiter in jeder Weise bis zu dessen freigeichem Abschluß unterstützen werde.

Die Zahl der durch den Kohlenmangel entlassenen Arbeiter anderer Berufs wird jetzt auf etwa 600 000 geschätzt. Davon gehören über 200 000 zur Stahl-, Eisen- und Maschinenindustrie, 60 000 zur Zäpferei, 75 000 Zementindustrie, 37 000 Eisenbahner, 35 000 Dicker, 25 000 Seutele, 25 000 Arbeiter und 24 000 Bauarbeiter. Die Zahlen können jedoch wohl auf Genauigkeit noch auf große Zuverlässigkeit Anspruch machen. Die meisten Betriebsstellungen sind aber jedenfalls entweder auf die Nachlässigkeit oder gar die Unfähigkeit der Unternehmer zurückzuführen, denn jedermann war ja so lange und so nachdrücklich vor dem drohenden Streik gewarnt worden, daß man sich leicht einen großen Kohlenvorrat hätte beschaffen können. Wo die Unternehmer, wie in London, die nötigen Vorkehrungen trafen, da ist der Streik bisher noch ohne schwere Folgen geblieben. In den nächsten Tagen erwartet man sehr weitgehende Betriebsbeschränkungen in fast allen Berufen und allen Teilen des Landes.

Der Riesenkampf der Bergarbeiter hat die allgemeine Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch genommen, daß wichtige Bewegungen in anderen Gebieten fast unmerklich geblieben sind. Die Baumarbeiter, die erst vor kurzem eine Generalausperrung überstanden haben, haben die geforderte allgemeine Lohnhöhe von 5 8/10 pro Tag erreicht. Sie tritt am 1. Juli d. J. in Kraft und vor Ende des nächsten Jahres soll eine allgemeine Lohnänderung stattfinden. Die Lohnhöhe erreicht sich auf rund 150 000 Arbeiter. Bei den Eisenbahner ist die Inangriffnahme so tief und allgemein, daß der geringste Anstoß einen großen Kampf herausbewirken kann. In vielen Zentren wird nicht bloß die lästige Unterstützung der Bergarbeiter verlangt, sondern auch eigene Forderungen aufgestellt. Der Allgemeine Eisenbahnerverband hat ein Programm von Forderungen aufgestellt, das den Direktionen unterbreitet werden soll. In Schweden herrscht eine allgemeine Unruhe. In Dundee stehen seit voriger Woche Tausende von Arbeitern in Streik, in Aberdeen kämpfen die Maler und Tischler um eine Lohnhöhe.

Diese sind die verschiedensten beruflichen und ökonomischen Kämpfe noch leicht zu kontrollieren und unabhängig von einander zu Ende zu führen. In dem Maße aber, wie der Bergarbeiterkampf seine Wellen auf die anderen Gewerbe ausbreitet, verlieren diese Kämpfe ihr beruflich und lokal begrenztes Interesse. In kurzer Zeit muß die allgemeine wirtschaftliche Desorganisation zu großen Bewegungen der gesamten

Arbeiterchaft führen, deren Formen und Folgen noch gar nicht abzusehen sind.

London, 11. März. Die Konferenz des Grubenarbeiterverbandes tritt heute abend in London zusammen. Die Lösung der Krise hängt von dem Verhalten der Grubenarbeiter ab. Man glaubt, daß der Widerstand der Grubenbesitzer nunmehr gebrochen ist.

Gewerkschaftliches.

Redungen über Gewerkschaftskämpfe.

Zum Streik beim Norddeutschen Lloyd in Bremen und an ihm folgendes gemeldet. Erneute Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd hatten zur Folge, daß die Organisation und das Koalitionsrecht anerkannt wurden. Für Heberarbeit werden bis zu 80 Prozent Aufschlag gewährt; außerdem sonstige Verbesserungen zugesagt. Ueber die vom Generalagenten des Lloyd, Herrn Hirsch, verfügten Entlassungen und Maßregelungen soll Verhandlung erzielt werden.

Die Hafenarbeiter haben in einer Versammlung zu den Zugeständnissen des Lloyd Stellung genommen und auf ein weiteres Vorgehen überreicht versagt. Die Hafenarbeiter haben also einen vollen Erfolg zu verzeichnen.

Glasarbeiterausperrung in Weismesser. In Weismesser bei der Firma Gelsdorf haben die Glasarbeiter eines fünfprozentigen Lohnabnagens wegen die Arbeit am 24. Februar eingestellt. Der Arbeit-Verband hat nunmehr in Weismesser 20 Prozent der am Ort beschäftigten Glasarbeiter am Sonnabend, den 9. März, die Kündigung überreicht, wenn nicht die Arbeiter bei der Firma Gelsdorf den ihnen angebotenen Lohnabgang annehmen und bei dieser Firma die Arbeit wieder aufnehmen. Die gefälligen Arbeiter lehnen ab, auf ihr bei der Firma Gelsdorf bisher beschlagnahmte Kollegen einzurücken und so könnten jedenfalls weitere Kündigungen eintreten, so daß die Organisation der Glasarbeiter mit einer Aussperrung in der Glasindustrie zu rechnen hat.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 11. März 1912.

Steuermodell der Weissen.

Wie's gemacht wird!

Als einer von den vielen, die nicht gern Steuern zahlen, erziehen der halbe Kaufmann und Fabrikunternehmer Simon Serna am Sonnabend vor der Strafkammer. Der Mann wurde beschuldigt, seit dem Jahre 1904 unrichtige und unvollständige Steuerklärungen abgegeben und dadurch eine Steuerhinterziehung bewirkt zu haben. Nach amtlicher Schätzung hätte er in einigen Jahren insgesamt 2250 M. mehr Steuern zahlen müssen, als er tatsächlich zahlte. Er hatte eine Einlage von 15 000 M. in der Papierfabrik von Rössig u. Komp., die Vermögensgegenstände abwarf und diesen Reingewinn in seinen Steuerklärungen zurückgelassen. Die Unterlassung begründete er damit, daß er direkten Gewinn von der Einlage nicht gehabt habe. Das Geld wäre durch Vertrag mit seinen Brüdern alljährlich verwendet worden zur Abholung der Schulden von ihm. Er habe sich daher des Rückens um diesen Gewinnanteil gar nicht gekümmert. Wie das Kapital wuchert, während die Arbeiter über schlechte Löhne klagen, ergab die Feststellung, daß die Einlage von 15 000 M. in einigen Jahren einen Reingewinn von 59 000 M. abwarf. Dieser Betrag konnte nach Angabe eines mittelständigen Unternehmers an die Gläubiger gezahlt werden. Wie der Staatsanwalt gegen den Sünder die Kleinigkeit von 10 000 M. Strafe — den vierfachen Betrag der hinterzogenen Steuer — beantragte, meinte der Verteidiger, er sei über den Antrag sehr erkaunt; denn weit entfernt davon, zu wenig Steuern zu zahlen, habe er sogar mehr Steuern als nötig gezahlt. Im seinen Kredit zu erhöhen, habe er sein Vermögen sogar höher angegeben. Die freiwilligen Steuerklärungen der Mitglieder der jüdischen Gemeinde befänden sich, damit sie jeder einsehen könne, in den Händen der Synagogenvorsteher, ja sogar des Gemeindefreiters. Aus diesem Grunde habe er seinen Vermögensstand geringfügige Angaben gemacht. Die Strafkammer verurteilte den Verurteilten aber auf Grund des § 73 des Einkommensteuergesetzes zu einer Geldstrafe von 10 000 M.

eventl. für je 15 M. einen Tag Haft. Die Geldstrafe darf jedoch die Dauer von sechs Wochen nicht überschreiten. In der Urteilsbegründung hieß es, das Gericht ist davon überzeugt, daß der Angeklagte genügt habe, es stehe ihm ein Rechtsanspruch auf den Gewinn zu. Der Angeklagte habe eine erhebliche Einnahmestelle wesentlich beschwungen, um die Staatskasse zu schädigen. — Den Agrarier wird es eine Freude sein, daß auch einmal einer beim „Familienfried“ d. h. beim Portemonnaie gefast worden ist, der nicht zur Futterkasse gehört. Uns aber sind solche Prozesse immer wieder neue Beweise dafür, daß die Weissen den aller größten Teil ihrer Einkünfte in die Tasche stecken — zusammengetragen auf Staats- und Arbeiterkosten, was für sie irgend erreichbar ist. Das nennt man den christlichen Kaufmann machen.

Wege zum Kunstgenuss.

So lautet das Thema eines am Sonnabend im Konzerthaus im Orchesterhalle des Verbandes der Deutschen Volksbühnen von Herrn Max Gellert gehaltenen Vortrages. In klarer und verständlicher Weise gab der Referent in seinem dreiteiligen Vortrage unter Zuhilfenahme von kolorierten Lichtbildern Worte und Belehrungen, wie auch der Laie sich mehr zu Hause fühlen wird. Die einzelnen Vorträge waren: 1. Die Kunst — zusammengefasst auf Staats- und Arbeiterkosten, was für sie irgend erreichbar ist. Das nennt man den christlichen Kaufmann machen.

Gebiete der Malerei, Bildhauerei usw. Die vollendetste Darstellung der Kunst dürfte hier die vollständigste und getreueste Wiedergabe der Natur zu sein. Das „Sehen der Natur“ ist es, was den Kunstfertigen zum Künstler macht, aber dem Laien vollständig abgeht. Daher müßte es die Aufgabe eines jeden sein, sich das Wesen und Wesen der Natur mehr angelegen sein zu lassen. Sei doch die Kunst ein hervorragendes Mittel zur Charakterbildung. Leider ist der Volksgedanke in künstlerischer Richtung in unserem materiellen Zeitalter wohl infolge der Sucht nach materiellen Genüssen usw. zurückgegangen. Zum Glück machen sich in letzter Zeit Bestrebungen, die Kunst zum Gemeingut des Volkes zu machen, aber das Volk auf eine höhere geistige Bildung zu bringen, mehr und mehr geföhrt. An der Hand einer großen Reihe herrlich kolorierter Darstellungen des Referent die Schönheiten der Natur und auch einige gut gelungene Perspektiven, die der Künstler seinem Gemälde zu geben verstanden hatte. So gelangte u. a. die Reproduktion eines Gemäldes zur Vorführung, auf dem der Künstler in großartig und wohl auch in unibertrefflicher Darstellung dem Beschauer die Perspektive eines weiten, sich unendlich ausdehnenden, mit Regenwolken bedeckten Standplatzes zeigte. In andern Bildern führte uns der Referent auf die höchsten Höhen der Alpen; die Gletscher, aber auch liebliche Täler und Waldainfalten wechselten mit Strand- und Sees- und Meeresdarstellungen ab. In andern Bildern wurde wieder gezeigt, wie es der Künstler nicht verstanden habe, seinem Gemälde die richtige Farbentzung und Perspektiven zu geben. Einige Bilder wurden gezeigt, die jedwede künstlerische Gemäldemalerei vermischen ließen. Leider ist solcher Schand der zum großen Teil der Bekannte dienen, meistens in den Wohnungen der Arbeiter zu finden. Sie zeigen nicht nur, daß die Aufgabe aller künstlerischen Bemühungen genommen Volksgenossen. Wiber für unsere Arbeiterwelt wie Gemeindefreie. Der gestiefelte Arbeiter, der Brautjungfer und eine Reihe anderer ähnlicher Art stellen dar, wie sie mit Hilfe der ausgedehnten Farbentzung selbst auf das feinsten Gemüt einen künstlerischen Einfluß ausüben imstande sind. An einer andern Serie von Bildern zeigte der Referent die Kunst im Einklang mit der Religion. Aber auch herzerregende Gemälde, die uns die Arbeit, und zwar die landwirtschaftliche (sowohl die in der Industrie, zur Anfertigung von Waren, schließt nicht. Wieberholte mal wieder, wie Herr Gellert für seine belehrenden und bildenden Ausführungen. Innerwärtig wollen wir nicht lassen, daß der Selbsterzieher Gutenburg zu Anfang der Verlesung, während der Pausen und zum Schluß mehrere Selbsterzieher zu Gehör brachte, die dazu beitrugen, das Ganze zu einer würdigen und gelungenen Veranstaltung zu machen.

Ein weiteres Streiknachspiel

brachte die Schöffengerichtsstimmung vom Sonnabend auf dem Streik bei der Fa. Warnede, Steinbrückerberg. Wegen Verdröpfung und Verzugs gegen den § 153 der Gewerbeordnung war eine 20tägige Arbeiterin von hier angeklagt. Die Weissen schuldige soll am 17. oder 18. Oktober d. J. einer Arbeitswilligen morgens bei dem Gange nach der Arbeit die Worte zugehen lassen: „Wenn du arbeitest, dann schlage ich dich in die Brust.“ Die Schöffengerichtsstimmung erklärte, daß die Täterin gewesen sei und erklärte, daß die Worte „Schlag dich in die Brust“ nicht nur einmal auszusprechen, bis 1/2 Uhr geschrien, also konnte sie nicht schon vor 7 Uhr auf der Straße in der Nähe des Betriebes gewesen sein. Die Hauptbeschuldigung gegen ein Mädchen von knapp 16 Jahren, das schon einmal verurteilt gewesen, machte vor Gericht einen unrichtigen Einbruch. Die Zeugin mußte nicht, an welchem Tage sie bedroht sein wollte. Zur Zeit des Streiks was das Mädchen hochschwanger und damals etwas reizbar. Der Gerichtsverordnende, der den Fall in der oben beschriebenen Weise untersuchte, hielt der Zeugin vor, daß ihr wohl damals die Arbeit einmisch gewesen sei und sie deshalb keine rechte Lust zur Arbeit gehabt habe. Die Klägerin war auch erst mit dem Streik einverstanden gewesen, hatte die Streiterklärung befürwortet, war aber nachträglich von ihrer Mutter veranlaßt worden, weiter zu arbeiten. Zu Hause hatte das Mädchen erzählt, sie finde nicht wieder zur Arbeit, weil sie bedroht werde. Der Verteidiger der Angeklagten war der Meinung, die Arbeitswillige habe vielleicht bloß deshalb gesagt, sie sei bedroht worden, um der Mutter gegenüber einen Grund zum Fernbleiben von der Arbeit zu haben. Der Gerichtshof hat die Zeugin einmisch in der Not gehandelt. Zeugin hatte auch nicht gesagt, daß sie erkrankt, sondern jene Behauptung dem Chef mitgeteilt. Letzter erzählte den Fall dem Kommissar Meißner und so entstand die Angeklagte! Obwohl die Arbeitswillige behauptet, bedroht worden zu sein, kam das Gericht zu Freisprechung. In der Urteilsbegründung hieß es: Die Zeugin habe keine bestimmten Angaben gemacht. Vielleicht habe sie sich bei ihrer Wahrnehmung in einem Zustande erhöhter Reizbarkeit befunden. Der Vertreter des Amtes hatte gegen die Beschuldigte, die in der Angeklagten unter Tränen ihre Unschuld beteuerte, eine Woge Gefängnis beantragt!

Steinfeiler-Ausperrung in neuer Auflage

Wir haben schon in voriger Nummer einen kurzen Hinweis gebracht, daß möglicherweise eine Neuauflage der Steinfeiler-Ausperrung in Aussicht steht. In dem Ultimatum, das man dem Verband der Steinfeiler gestellt hat, heißt es u. a.: In der gestrigen Nummer des Saalkreises Volksblattes befindet sich ein Verlesungsbericht über die Verlesung, der die Halle des Jahres Verbandes vom 3. d. M. Darin wird abermals die unwahre Behauptung aufgestellt: Die Zwangssetzung für das Steinfeilerhandwerk zu Halle habe einen Beschluß gefaßt, den sie anzuwenden. Wir haben bereits in der Zeitung der Steinfeilerkommission am 1. 3. 12 die Unwahrheit dieser Behauptung festgestellt und tun dies hiermit nochmals ausdrücklich. ... Denn der Herr Anwalt hat doch schon am 27. 2. 12 von unserem Anwalts- und Verbandsmitglied, Herrn Jan. Wortlich, in Arbeit gestellt worden und befindet sich heute noch vor Gericht für einen Mann auf dem gewöhnlichen Wege Arbeit finden kann, kann nach dem allgemeinen Rechtsbegriffen keine Sperre vorliegen. ... Auf Grund der von Ihnen behaupteten Aussperrung des Anwalts hat nun laut Verlesungsbericht diese Verlesung über den Betrieb unseres Mitgliedes Emil Wolf die Sperre verhängt und die ich auch schon inoffiziell wirksam geworden, als von meinem Bruder angenommen Gesellen ebenfalls durch Umwidmung über Gewerkschaft, die Arbeit nicht aufgenommen haben. ... Wir möchten Sie nun bei-

